



Freie Wähler - Mannheimer Liste • E 5 • 68159 Mannheim

Oberbürgermeister
der Stadt Mannheim
Herrn Dr. Peter Kurz
Rathaus E 5
68159 Mannheim

Prof. Dr. Achim Weizel
Fraktionsvorsitzender

Holger Schmid
stellv. Fraktionsvorsitzender

Christopher Probst
Stadtrat

Wolfgang Taubert
Stadtrat

Roland Weiß
Stadtrat

20. Dezember 2016

Antrag zur Sitzung des Gemeinderates am 20. Dezember 2016

Resolution zu den Planungen des Landes Baden-Württemberg zur Ansiedlung eines Ankunftsentrums für Flüchtlinge in Mannheim

Der Gemeinderat möge beschließen:

Mannheim ist eine weltoffene, tolerante Stadtgesellschaft mit einer starken Bürgerschaft und vielen engagierten Menschen, die sich immer den Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft gemeinsam angenommen haben. Und dennoch hatte die Stadt Mannheim in den letzten Jahren zwei große Herausforderungen bei der Zuwanderung von Ausländern zu bewältigen, die unsere Stadt bis heute belasten.

Erstens sind seit 2007 mehr als 10.000 Menschen aus Bulgarien und Rumänien in die Stadt eingewandert. Diese Zuwanderer erfordern besondere Integrationsanstrengungen in den Bereichen Gesellschaft, öffentliche Ordnung, Bildung, Ausbildung, Arbeit und Wohnen.

Die notwendige Unterstützung dieser Integrationsleistung durch das Land Baden-Württemberg ist bislang unbefriedigend. Zudem haben sich die Stadt Mannheim und ihre vielen ehrenamtlich Engagierten in den vergangenen Jahren eine sehr große Kompetenz im Bereich der Integration erworben.

Zweitens hat die Stadt Mannheim seit nunmehr bereits zwei Jahren die höchste Unterbringungskapazität zur Aufnahme von Flüchtlingen zu verkraften. In der Spitze waren mehr als 15.000 Flüchtlinge in den vier Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes. Hinzu kam noch das Drehkreuz am Mannheimer Hauptbahnhof als Verteilstelle für die Bundesländer Rheinland-Pfalz, Saarland, Hessen und Baden-Württemberg.

Die hohe Anzahl von EU-2-Zuwanderern und Flüchtlingen hat die Stadt verändert und die Bürgerschaft, die Hilfsorganisationen, die Verwaltungen und politischen Gremien außerordentlich gefordert. In dieser Situation erwartet die Stadt Mannheim Entlastung und Unterstützung für Ihre Integrationsleistungen.

...2

In Teilen des Mannheimer Gemeinderates bestehen Zweifel an der grundsätzlichen Ausrichtung der Neukonzeption der Landeserstaufnahme und der Schaffung eines zentralen Ankunftsentrums generell. Einigkeit herrscht im Mannheimer Gemeinderat darüber, dass die Stadt Mannheim immer ihrer Verantwortung für Schutzsuchende gerecht geworden ist und dieser Verantwortung auch in Zukunft gerecht werden wird.

Dennoch sieht der Mannheimer Gemeinderat dringenden Handlungsbedarf, mehr Unterstützung durch das Land Baden-Württemberg zu erfahren, um Mannheim strukturell zu entlasten. Daher richten die Mitglieder des Mannheimer Gemeinderates bei allen bestehenden Unterschieden in der politischen Position der Mitglieder des Gemeinderats gemeinsam folgende Resolution an die Landesregierung:

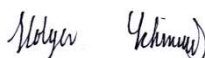
1. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Stadt Mannheim spürbar bei der Zuweisung und Unterbringung von Asylbewerbern und Zuwanderern zu entlasten. Darüber hinaus wird die Landesregierung aufgefordert, konkrete Integrationsmaßnahmen, insbesondere für die EU-2-Zuwanderer, aber auch für anerkannte Asylbewerber mit Lebensmittelpunkt Mannheim, zu finanzieren (z. B. Integrationsfonds für Südosteuropa). Die in den letzten Jahren ehrenamtlich geleistete Integrationsarbeit, die geschaffenen Strukturen und das erworbene Personal, mit diesen wir uns bundesweit einen guten Ruf verschafft soll von der Landesregierung aufgegriffen und stärker gefördert/unterstützt werden.
2. Die Stadt Mannheim lehnt eine Ansiedlung eines Ankunftsentrums für Flüchtlinge in Mannheim ab. Es darf keine Einrichtung in Mannheim geben, aus der heraus Abschiebungen vorgenommen werden. Aus städtebaulicher und gesellschaftspolitischer Sicht bieten die Konversionsflächen der Stadt Mannheim einmalige Entwicklungschancen, an denen die Stadt Mannheim festhalten will.
3. Die Stadt Mannheim stellt fest, dass die Entscheidung über eine Ansiedlung einer landesweiten Einrichtung für Flüchtlinge alleine die Landesregierung von Baden-Württemberg trifft. In den Verhandlungen mit der Landesregierung wird die Stadtverwaltung aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass Mannheim dauerhaft und strukturell entlastet wird.

Mit freundlichen Grüßen

Fraktion Freie Wähler - Mannheimer Liste



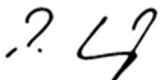
Prof. Dr. Achim Weizel
Fraktionsvorsitzender



Holger Schmid
stellv. Fraktionsvorsitzender



Christopher Probst
Stadtrat



Roland Weiß
Stadtrat



Wolfgang Taubert
Stadtrat